

---

**3597/J XXII. GP**


---

Eingelangt am 09.11.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

## ANFRAGE

der Abgeordneten **FRANZ RIEPL** und GenossInnen  
an den Bundesminister für Finanzen **Mag. Karl-Heinz Grasser**  
betreffend dessen **Kritik an den Lohnabschlüssen der Metaller**

Am 8. November haben Sie per Zuruf aus dem Ausland, die Höhe der von den Sozialpartnern ausverhandelten Lohnabschlüsse der Metaller kritisiert. Die im September vereinbarten Steigerungen seien „zu hoch angesichts der volkswirtschaftlichen Kennzahlen.“ (APA, 8. Nov. 2005).

Diese Aussage wurde auch von den Medien aufgegriffen und kommentiert, nebenstehend ein Beispiel aus der U-BahnZeitung „Heute“ vom 9. Nov. 2005.

Grasser beim Treffen mit EU-Kollegen in Brüssel

**Finanzminister: „Lohnerhöhungen für die Metaller sind viel zu hoch“**

Braungebrennt feuerte Karl-Heinz Grasser beim Treffen der EU-Finanzminister in Brüssel eine Breitseite nach Österreich ab: 3,1 Prozent Gehaltserhöhung für Metaller sei viel zu hoch, Metaller-Gewerkschafter Rudolf Nürnberger: „Grasser weiß offenbar nicht, wovon er redet.“

Der Vorsitzende der Metallergewerkschaft Rudolf Nürnberger, die GPA und SPÖ-Finanzsprecher Matznetter haben umgehend auf Ihre Aussage reagiert, jede Einmischung seitens der Bundesregierung zurückgewiesen, und auch bestätigt, dass alle tatsächlich sachkundigen Experten mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden sind, da sowohl die Lebensstandardsicherung der Arbeitnehmer als auch die Tragfähigkeit der Betriebe berücksichtigt worden sei.

Schon vor einem Monat hatte eine Ihrer Aussagen, wonach die „produktivitätsorientierte Lohnpolitik dieser Bundesregierung“ die externe Wettbewerbsfähigkeit Österreichs „abgesichert“ habe, (OTS 11. Okt. 05) bei Fachleuten Kopfschütteln hervorgerufen, da Sie auch damals schon unterstellt haben, dass die Lohnpolitik in Österreich nicht von den Sozialpartnern, sondern von der Bundesregierung gemacht werde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Finanzen in diesem Zusammenhang nachstehende

### Anfrage:

1. Stellen Sie die Autonomie der Sozialpartner bei Kollektivvertragsverhandlungen in Frage ?
2. Wer macht Ihrer Ansicht nach in Österreich Lohnpolitik ?

3. Welche wirtschaftlichen Kennzahlen legen Sie Ihrer Kritik vom 8. November 05 zu Grunde ?
4. Sind Sie der Ansicht, dass die Kollektivertragsverhandler auf Arbeitgeberseite sowie die Experten der Wirtschaftskammer mit unzureichenden und falschen Zahlen in die Verhandlungen gegangen sind ?
5. Welche Maßnahmen, wenn nicht die Steigerung der Kaufkraft durch Anhebung der Einkommen, könnte Ihrer Meinung nach dazu beitragen, unsere Wirtschaft anzukurbeln ?